

Hamburg die Wahrheit in Zahlen



Hartmut Perschau

Vorwort

Hamburgs SPD-Krisensenat hinterläßt ein trauriges Erbe. Über hunderttausend Arbeitslose als Folge einer langen, selbstverschuldeten Stagnation mit anhaltender Abwanderung von Betrieben und Hamburger Bürgern ins Umland – und zerrüttete Staatsfinanzen. Die Kriminalitätskurve zeigt steil nach oben. Die SPD hat sich verbraucht und verschlissen: Unter den Bürgermeistern Brauer und Weichmann hat sie bedeutende Aufbauarbeit erbracht und sich bleibende Verdienste erworben. Jetzt aber ist sie zerstritten und handlungsunfähig.

Aber es gibt auch Grund zur Hoffnung. Nie zuvor war die Chance einer politischen Erneuerung der Stadt größer als bei der Wahl am 17. Mai 1987. Ich bin sicher, die Bürger unserer Stadt werden den Hamburger Verhältnissen ein Ende machen. Und wenn wir dann in vier Jahren eine neue Bilanz vorlegen, sollen die Zahlen eine andere Sprache sprechen. Sie sollen ein Hamburg zeigen, das sich aus der Talfahrt befreit hat. Ein Hamburg, das seinen führenden Platz unter den Metropolen Europas wieder einnimmt.

Hartmut Perschau

Zur zweiten Auflage

Die erste Auflage unserer Dokumentation "Hamburg – die Wahrheit in Zahlen" hat ein vielfältiges Echo gefunden. Nie zuvor wurde die besorgniserregende Entwicklung unserer Stadt in so unangreifbarer Weise statistisch dokumentiert. Die Verantwortlichen reagierten mit nervösen, hilflos wirkenden Beschönigungsbemühungen. Aber sie konnten nicht eine einzige Zahl widerlegen. Denn alle Angaben stützen sich auf amtliches Zahlenmaterial.

Die jetzt vorliegende Fortschreibung unterstreicht den verhängnisvollen hamburgischen "Sonderweg", nämlich die fortgesetzte Abkoppelung vom anhaltend positiven Trend in anderen Bundesländern und dem Durchschnitt des Bundes. Auch die neuen Zahlen sind selbstverständlich verläßlich und nachprüfbar. Sie zeigen erneut die ungeschminkte Wahrheit über den Anstieg der Massenarbeitslosigkeit, der Staatsverschuldung, der Kriminalität und viele andere schlimme Entwicklungen.

Nur wer zu ehrlicher Bestandsaufnahme bereit ist, findet den Ausweg aus der Krise, in der sich unsere Stadt befindet. Jedes einzelne vorgelegte Dokument belegt, daß Hamburg den politischen Neubeginn braucht.

Arbeitslosigkeit in Hamburg

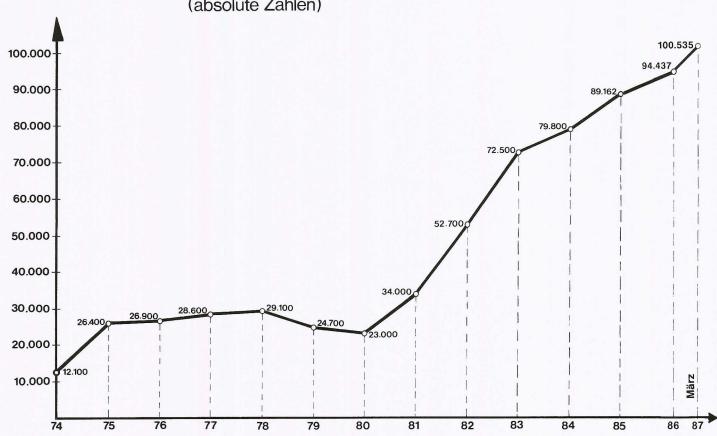
Das Schaubild gibt die Zahl der Arbeitslosen in Hamburg im jeweiligen Jahresdurchschnitt an.

Es zeigt einen explosionsartigen Anstieg der Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren: Als Bürgermeister von Dohnanyi 1981 sein Amt antrat, gab es 34.000 Arbeitslose in Hamburg. Im Jahresdurchschnitt 1982 waren es fast 53.000 und jetzt sind es bereits über 100.000. Das ist fast doppelt soviel wie vor vier Jahren. Das ist dreimal soviel wie beim Amtsantritt des Ersten Bürgermeisters. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit ist in Hamburg noch immer nicht gestoppt.

Hartmut Perschau meint dazu: "Die vielen großen Worte des Bürgermeisters haben nichts bewirkt. SPD-Politik schafft eben keine neuen Arbeitsplätze. Hamburg braucht eine neue Wirtschaftspolitik."

ARBEITSLOSIGKEIT IN HAMBURG

(absolute Zahlen)



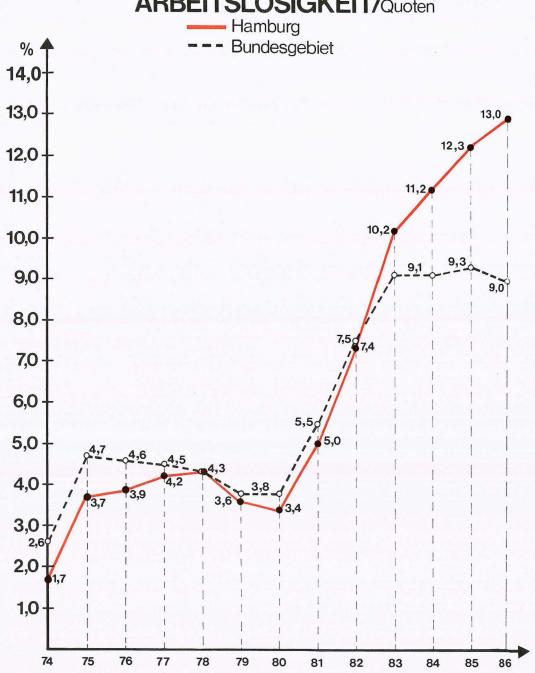
Arbeitslosigkeit/Quoten

Hier wird die Entwicklung der Arbeitslosenquote in Hamburg und im Bundesgebiet miteinander verglichen: Es zeigt sich, daß Hamburg bis 1982 eine geringere Arbeitslosenquote hatte als der Bundesdurchschnitt. Seit 1982 aber ist das genaue Gegenteil der Fall: Hamburg hat eine deutlich höhere Arbeitslosenquote als der Bundesdurchschnitt. Der Abstand wird sogar immer größer. Jetzt ist die Arbeitslosenquote in Hamburg schon eineinhalbmal so hoch wie im Bundesdurchschnitt.

Noch etwas wird hier deutlich: Im Bundesgebiet zeigt sich im Vergleich mit dem Vorjahr ein deutlicher Rückgang der Arbeitslosigkeit, in Hamburg aber ein weiterer Anstieg.

Hartmut Perschau: "Der wirtschaftliche Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland ist deutlich sichtbar. Aber Hamburg hat sich leider davon abgekoppelt. Das ist der Beweis: CDU-Politik sichert den Aufschwung und schafft neue Arbeitsplätze. SPD-Politik bedeutet immer mehr Arbeitslose."

ARBEITSLOSIGKEIT/Quoten



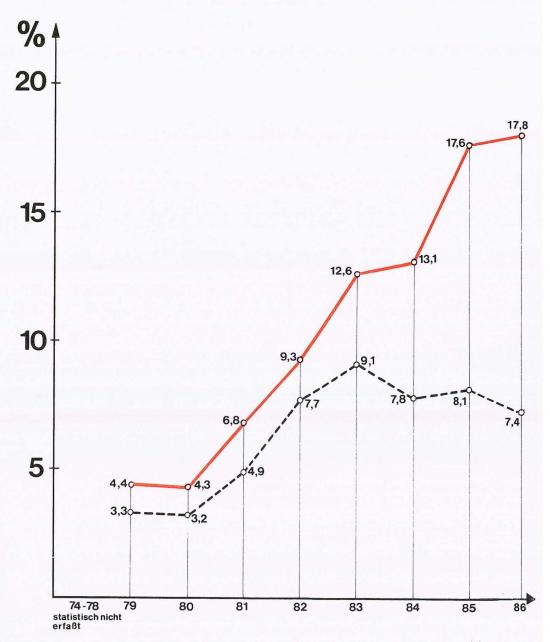
Jugendarbeitslosigkeit

Der Vergleich der Jugendarbeitslosigkeit in Hamburg und im Bundesgebiet zeigt: In Hamburg, wo SPD-Politik gemacht wird, ist auch die Jugendarbeitslosigkeit viel höher als im Bundesdurchschnitt. Nur in Bremen ist die Jugendarbeitslosigkeit noch höher als in Hamburg. Aber auch in Bremen regiert die SPD.

Hartmut Perschau: "Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Hamburg ist ein besonders trauriges Ergebnis der SPD-Politik. Es ist ein bedrückendes Erlebnis für junge Menschen, gleich zu Beginn des beruflichen Lebens arbeitslos zu sein. Das muß geändert werden. Mit einer neuen Politik wollen wir den Jugendlichen neue Hoffnung geben."

JUGENDARBEITSLOSIGKEIT

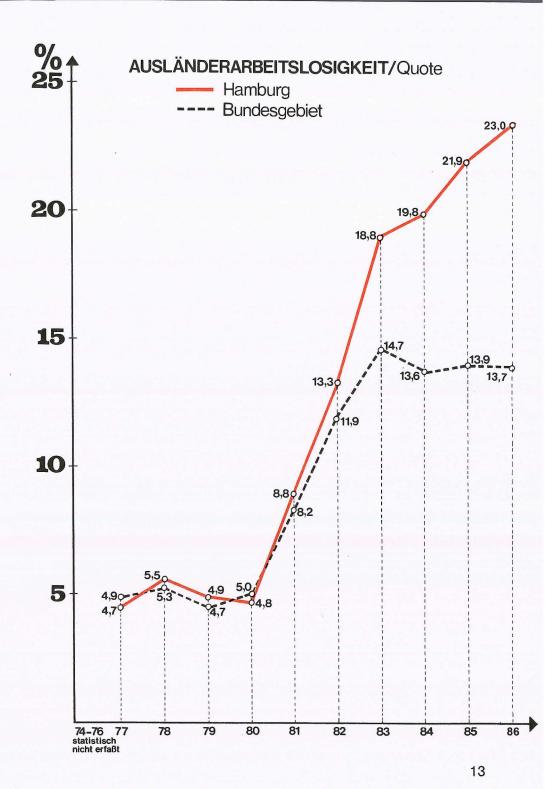
HamburgBundesgebiet



Ausländerarbeitslosigkeit

Das gleiche Bild wie bei der Arbeitslosigkeit insgesamt und bei der Jugendarbeitslosigkeit: In Hamburg ist die Arbeitslosigkeit von Ausländern viel höher als im Bundesgebiet. Der Abstand wird immer größer, die Lage in Hamburg immer schlimmer.

Hartmut Perschau: "Bürgermeister von Dohnanyi und die Hamburger SPD sollen sich ihre großen Worte besser sparen. Eine neue Wirtschaftspolitik ist notwendig. Eine Wirtschaftspolitik, die Arbeitsplätze schafft für alle Menschen: für Deutsche und Ausländer."



Arbeitslosenquote Jugendarbeitslosenquote Ausländerarbeitslosenquote

jeweils im Vergleich Bundesgebiet, Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen

Die Kurven zeigen, daß Hamburg sich nicht nur von der wirtschaftlichen Entwicklung auf Bundesebene abgekoppelt hat, sondern auch von der Entwicklung in Norddeutschland deutlich abweicht. In unseren beiden (CDU-regierten) Nachbarländern, die ebenfalls mit den Strukturproblemen Norddeutschlands (z. B. Werftenkrise) zu kämpfen haben, ist die Situation sichtbar besser als in Hamburg. Dort liegt die Arbeitslosigkeit zwar wegen der Strukturprobleme auch über dem Bundesdurchschnitt, aber sie entwickelt sich in die gleiche Richtung wie der Bundesdurchschnitt: die Arbeitslosigkeit nimmt nämlich ab.

Hamburg liegt heute in allen Arbeitslosigkeitsbereichen – in der Gesamtarbeitslosigkeit, in der Jugendarbeitslosigkeit und in der Ausländerarbeitslosigkeit – nicht nur deutlich über dem Bundesdurchschnitt, sondern auch höher als unsere beiden Nachbarländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen.

ARBEITSLOSENQUOTE (jahresdurchschnittlich) Bundesgebiet Hamburg Schleswig-Holstein Niedersachsen 13,0 12,3 11,9 11,5 11,3 11,2 11,1 10,5 10,9 10,7 10,2 9,5 9,3 9,1 9,0

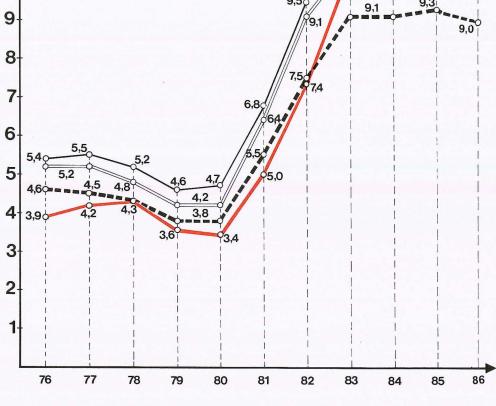
14

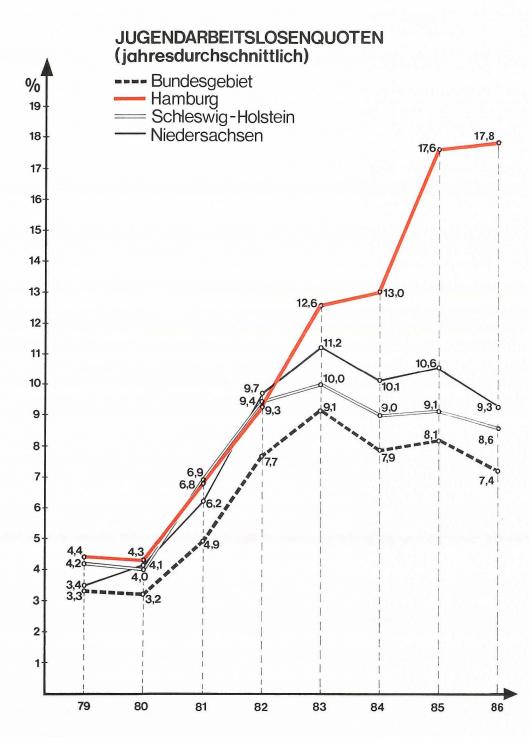
13

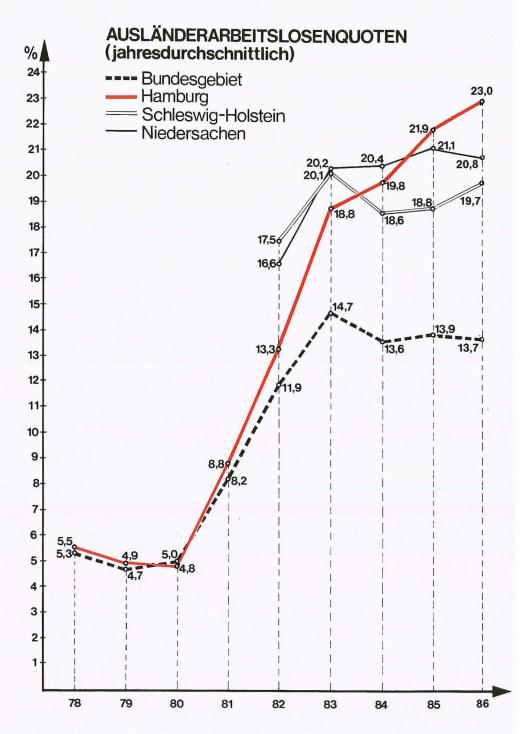
12

11

10





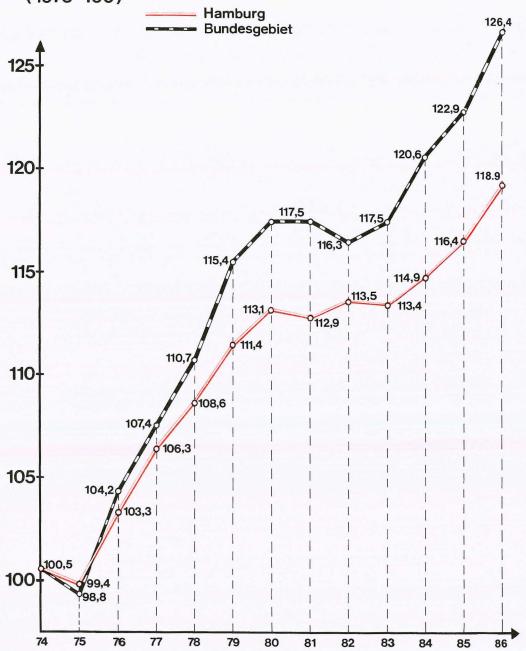


Reale Veränderung des Bruttoinlandprodukts

Der Vergleich zwischen Hamburg und dem Bundesgebiet insgesamt zeigt auch hier, daß Hamburg mit immer größerem Abstand hinter dem Bundesgebiet zurückbleibt.

Hartmut Perschau: "Hier zeigt sich: Der Aufschwung geht an Hamburg vorbei. Deshalb fehlen uns Arbeitsplätze, die wir brauchen, um den Hamburger Arbeitslosen eine neue Chance zu geben. Wir müssen den Anschluß an Bonn gewinnen. Wir müssen den Aufschwung nach Hamburg holen. Das ist meine Politik."

REALE VERÄNDERUNG DES BRUTTOINLANDPRODUKTES (1973=100)



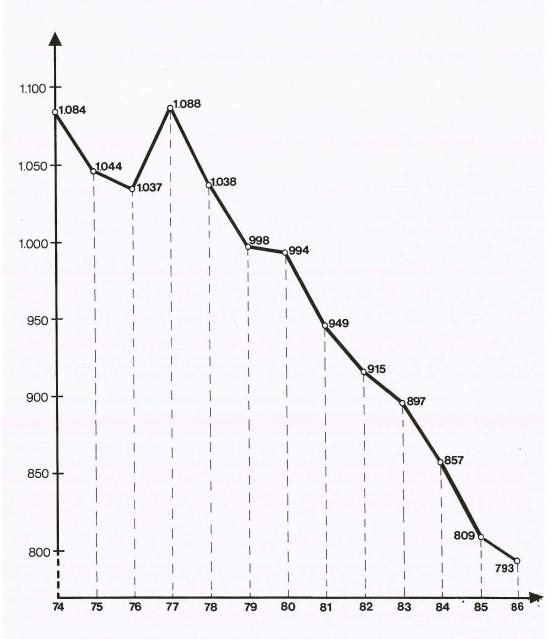
Zahl der Betriebe im verarbeitenden Gewerbe Zahl der Beschäftigten in der Hamburger Industrie Beschäftigte im Maschinenbau Beschäftigte in der chemischen Industrie

Diese Schaubilder verdeutlichen die weitgehende Auszehrung der industriellen Basis der Stadt. Eine große Zahl industrieller Betriebe ist verschwunden, die Zahl der Arbeitsplätze in der Industrie und in verschiedenen Branchen drastisch gesunken.

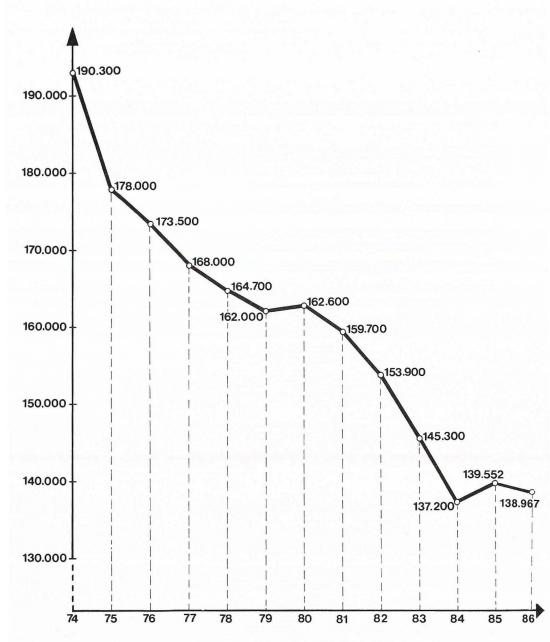
Die Ursache dafür liegt in der falschen Wirtschaftspolitik der SPD: Für Industriebetriebe gibt es beispielsweise nicht genügend Flächen. Und viele Betriebe sind wegen der hohen Kosten in Hamburg ins Umland abgewandert.

Hartmut Perschau: "Hamburg war immer eine starke Industriestadt. Wir brauchen wieder eine starke Industrie, wenn wir neue Arbeitsplätze schaffen wollen. Wir brauchen moderne Industriebetriebe mit zukunftssicheren Arbeitsplätzen. Dafür wollen wir sorgen – durch eine neue Politik."

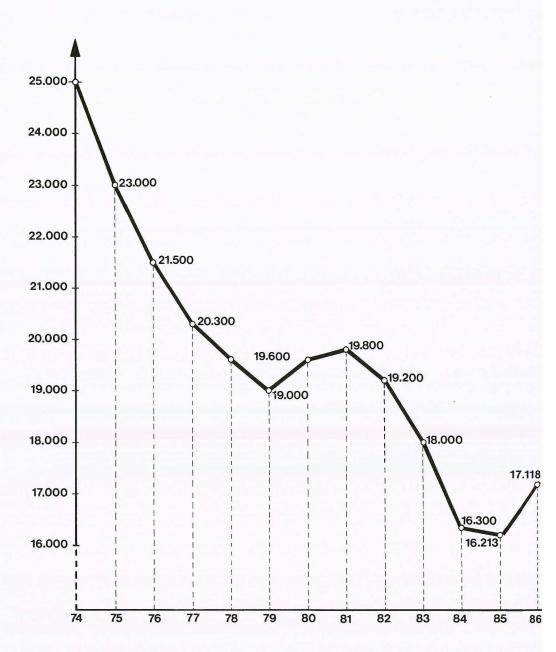
ZAHL DER BETRIEBE IM VERARBEITENDEN GEWERBE (Industrie)



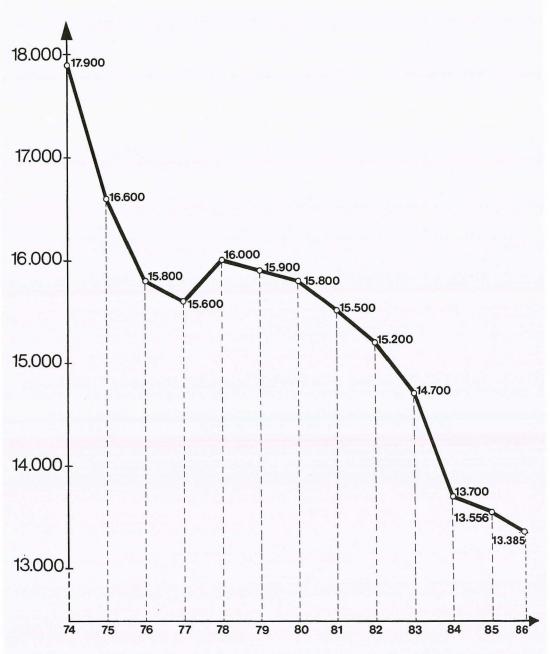
ZAHL DER BESCHÄFTIGTEN IN DER HAMBURGER INDUSTRIE (Verarbeitendes Gewerbe)



BESCHÄFTIGTE IM MASCHINENBAU (Hamburg)



BESCHÄFTIGTE IN DER CHEMISCHEN INDUSTRIE (Hamburg)

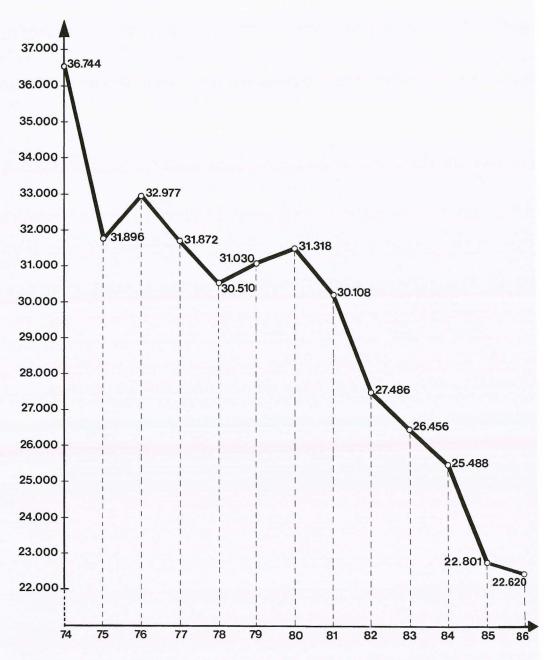


Beschäftigte im Bauhauptgewerbe

Einen besonders starken Rückgang der Zahl der Beschäftigten hat es in den vergangenen Jahren im Bauhauptgewerbe gegeben. Die Ursachen dafür liegen unter anderem darin, daß die SPD die öffentlichen Investitionen erheblich verringert hat. Wenn es nach der SPD ginge, sollen sie in den kommenden Jahren sogar noch weiter absinken! Das bedeutet für die Bauwirtschaft: Der größte und wichtigste Auftraggeber fällt weg.

Hartmut Perschau: "Es liegt an der zu hohen Verschuldung der Stadt, daß die Investitionen so stark zurückgehen. Das beweist wieder einmal: Am Schluß zahlen die Arbeitnehmer, die Bezieher kleinerer Einkommen die Zeche für die hohen Staatsschulden. Bei unserer soliden Finanzpolitik denken wir vor allem an die Arbeitnehmer."

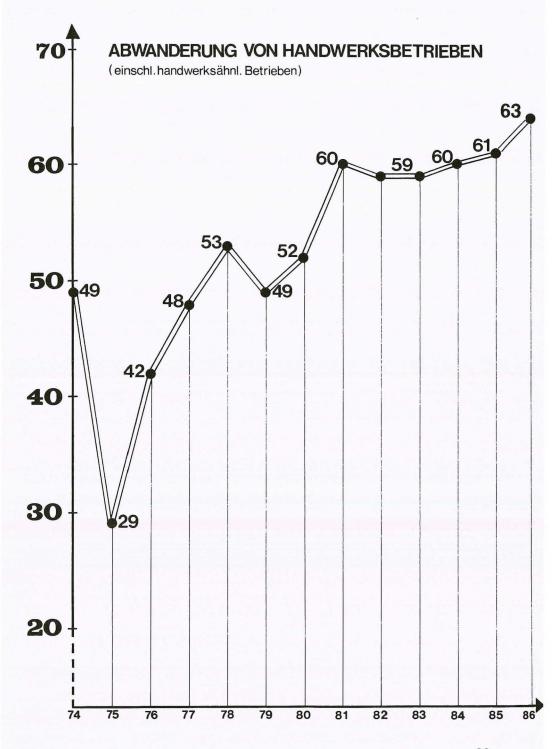
<u>BESCHÄFTIGTE IM BAUHAUPTGEWERBE</u> (HAMBURG)



Abwanderung von Handwerksbetrieben

Hier wird angegeben, wie viele Handwerksbetriebe jährlich aus Hamburg abwandern, von denen sich die meisten im Hamburger Umland ansiedeln. Die Zahl der abgewanderten Betriebe ist seit Jahren unverändert hoch. Mit jedem Betrieb gehen Arbeitsplätze verloren. Zwischen 1981 und 1985 sind außerdem noch 263 Betriebe mit rd. 3.500 Arbeitsplätzen aus dem Bereich der Handelskammer abgewandert. Die Ursachen: Schlechtes Flächenangebot in Hamburg, zu umständliche Bürokratie und viel zu hohe Steuern.

Hartmut Perschau: "Die SPD hat die Betriebe mit ihren ständigen Steuererhöhungen geradezu aus Hamburg vertrieben. Das muß anders werden. Durch niedrigere Steuern und bessere Bedingungen müssen wieder mehr Betriebe nach Hamburg gezogen werden. Denn die Arbeitsplätze brauchen wir dringend."



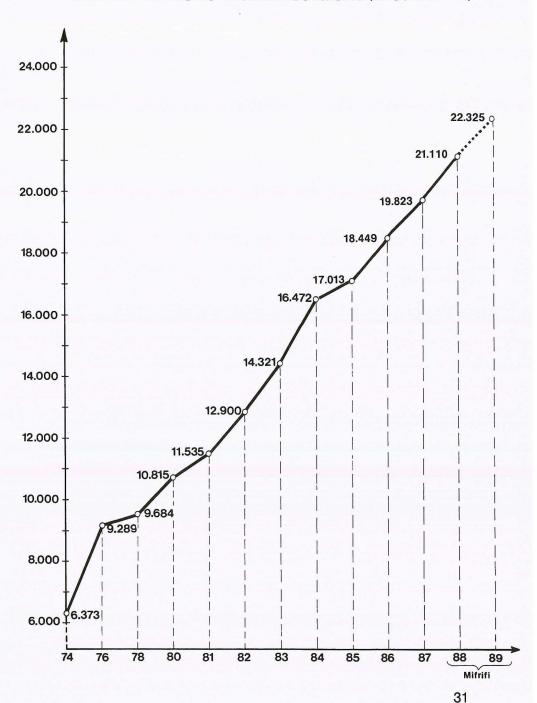
Gesamtverschuldung

So stiegen die Staatsschulden in den letzten Jahren an: Ende 1981 hatte Hamburg 11,5 Milliarden Mark Schulden, Ende des Jahres 1986 waren es sogar 18,5 Milliarden Mark.

In fünf Jahren machte Bürgermeister von Dohnanyi also 7 Milliarden Mark neue Schulden. In den fünf Jahren zuvor hatte Bürgermeister Klose – und der war gewiß nicht sparsam – nur 2,3 Milliarden Mark Schulden gemacht. Dohnanyi hat also dreimal soviel Schulden gemacht wie sein Vorgänger Klose.

Hartmut Perschau: "Keiner der Vorgänger Dohnanyis hat einen solchen Schuldenberg aufgetürmt wie er. Deshalb nenne ich ihn den Schuldenbürgermeister."

GESAMTVERSCHULDUNG/HAMBURG(einschl.WKA)



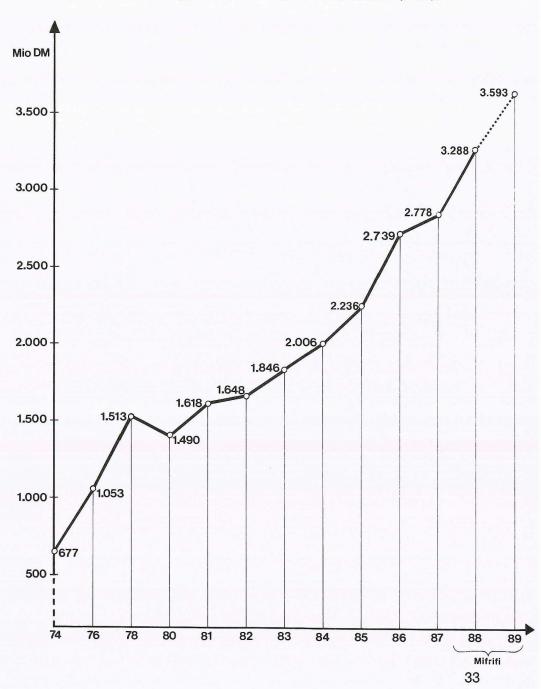
Entwicklung des Schuldendienstes

Eine notwendige Folge der rasant ansteigenden Schuldenlast ist das drastische Anwachsen des Schuldendienstes. Immer höhere Beträge müssen für die Rückzahlung der Schulden aufgebracht werden. Ein immer größerer Teil der Einnahmen muß dafür verwandt werden: 1986 bereits mehr als ein Viertel, nach den Planungen der SPD wären es sogar bald ein Drittel!

Hartmut Perschau: "Jeder weiß: Schulden machen ohne Reue gibt es nicht. Das Geld, das wir für Zinsen und Tilgung ausgeben müssen, fehlt uns bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze und beim Schutz der Umwelt. Deshalb: Wir wollen sparen, damit wir mehr für Arbeitsplätze und eine gesunde Umwelt tun können."

ENTWICKLUNG DES SCHULDENDIENSTES

(Zinsen,Tilgung(privat u.öffentlich),Schuldendiensthilfe(WKA))



Gewerbesteuer Grundsteuer Tarifentwicklung Kommunale Nebenkosten Sielbenutzungsgebühren

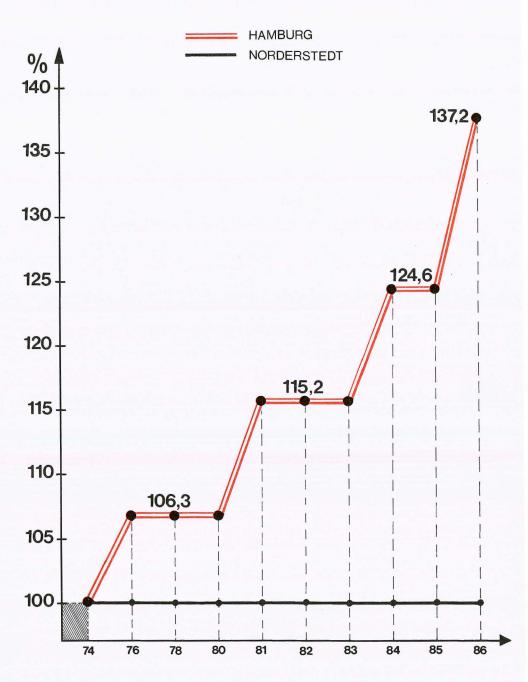
Hier zeigen sich die Folgen der Staatsverschuldung für uns alle, für Arbeitnehmer, für Mieter, für die Familien, aber auch für die Betriebe: Weil die Verschuldung steigt und Geld an allen Ecken und Enden fehlt, werden Steuern, Gebühren und Tarife immer weiter erhöht. Das ist eine Probe auf die "Belastbarkeit des Bürgers".

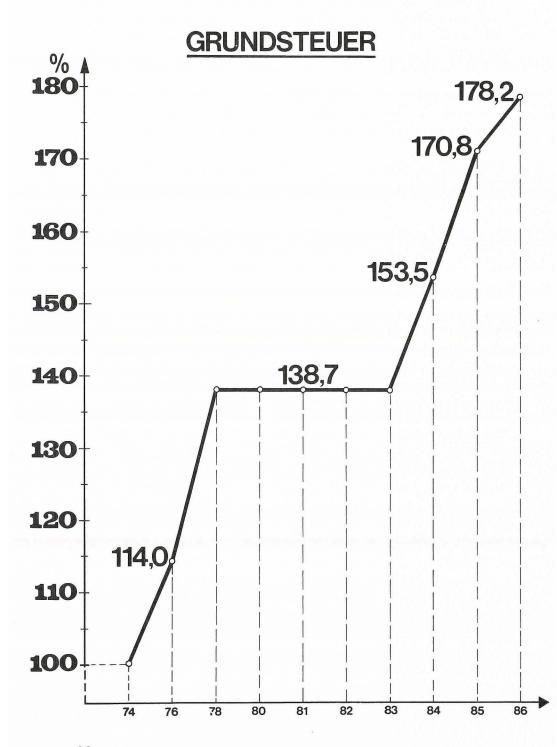
Besonders die Bezieher kleinerer Einkommen haben unter dieser Gebührenpolitik zu leiden, denn ihre Wohnung wird immer teurer. (In Bonn macht es die CDU ganz anders: Durch die Steuerreform des Bundes erhalten die Bürger insgesamt etwa 40 Milliarden DM zurück).

Aber auch die Wirtschaft ist betroffen. Die Kosten der Unternehmen sind zu hoch. Deshalb fehlt ihnen das Geld für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. (In Bonn macht es die CDU ganz anders: Die Steuern wurden gesenkt und viele neue Arbeitsplätze entstanden, seit 1984 etwa 600.000).

Hartmut Perschau: "Die Folgen der Staatsverschuldung trägt die SPD auf dem Rücken der Hamburger Arbeitnehmer aus. Sie müssen mit immer höheren Gebühren, Tarifen und Steuern für die Mißwirtschaft der SPD bezahlen. Das ist eine schlimme Ungerechtigkeit, die schnell abgestellt werden muß."

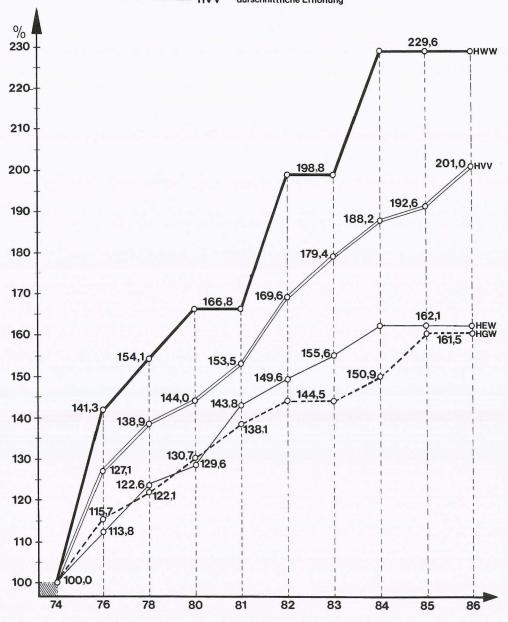
GEWERBESTEUER



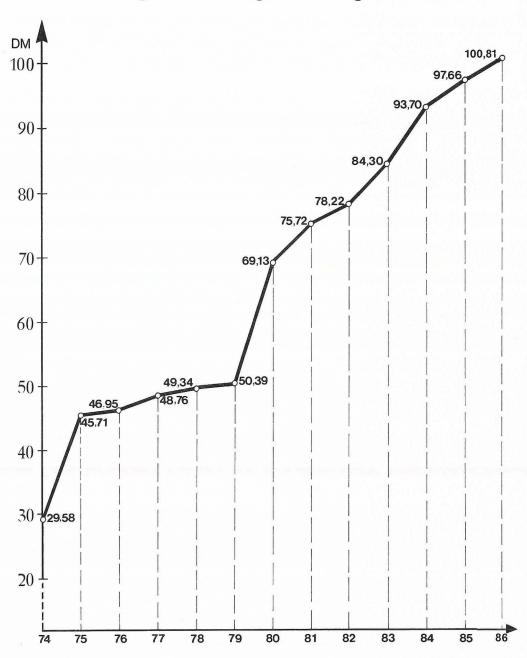


ENTWICKLUNG VON TARIFEN

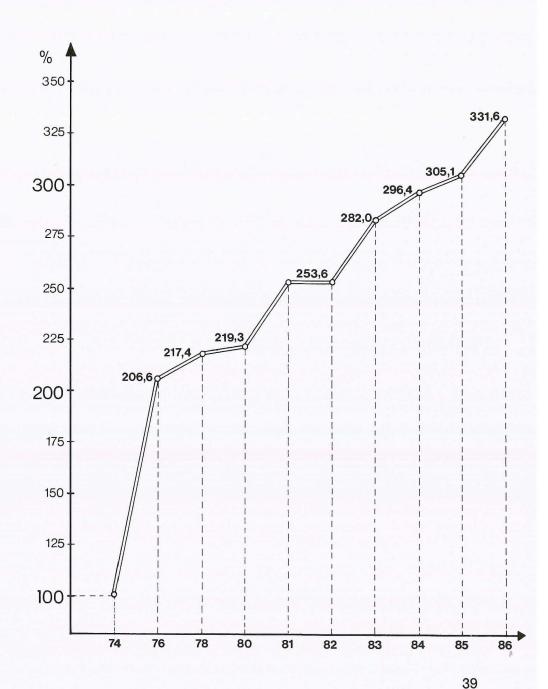




Entwicklung der Kommunalen Nebenkosten (ohne Heizkosten) für eine 70m² große Wohnung in Hamburg



SIELBENUTZUNGSGEBÜHREN



Bevölkerungsentwicklung

Seit 20 Jahren nimmt die Bevölkerungszahl der Stadt immer weiter ab. Das ist einmal die Folge des starken Geburtenrückganges.

Das ist zum anderen aber auch die Folge der Abwanderung vieler Familien aus Hamburg.

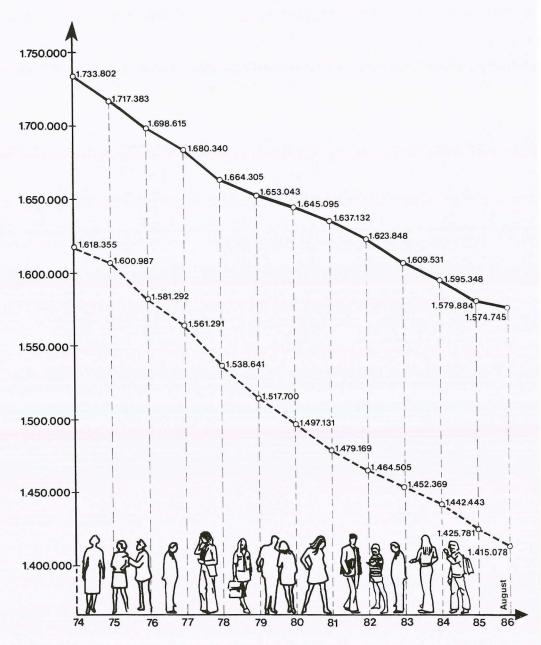
Die Ursachen dafür hat die SPD durch ihre Politik geschaffen: In Hamburg konnten viele Familien ihren Traum von den eigenen vier Wänden nicht verwirklichen, weil die SPD nicht genügend Grundstücke aus städtischem Besitz zur Verfügung stellte.

Eine weitere Rolle für die Abwanderung spielten die hohen Steuern in Hamburg (siehe oben) und natürlich die schlechten schulischen Verhältnisse und die hohe Kriminalität.

Hartmut Perschau: "Die SPD hat viele Hamburger geradezu aus der Stadt "vertrieben". Das werden wir ändern. Wir werden es insbesondere Familien mit kleinerem Geldbeutel ermöglichen, auch in Hamburg Wohnungseigentum zu schaffen."

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG

—— Gesamt
---- Deutsche



Kriminalitätsentwicklung Aufkärungsquote

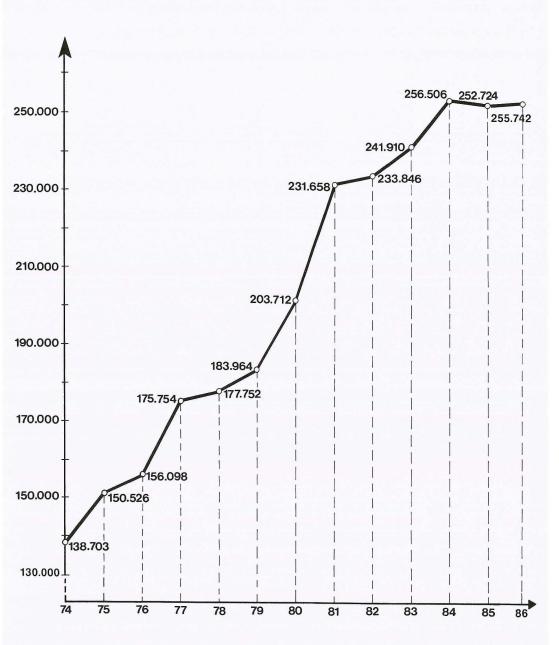
Auf immer neue Rekordhöhen klettert die Zahl der in Hamburg verübten Straftaten. Im letzten Jahr waren es mehr als 250.000. Anders ausgedrückt: Alle 2 Minuten wird in unserer Stadt eine Straftat verübt. Leider entwickelt sich die Aufklärungsquote genau entgegengesetzt: Sie geht ständig zurück und liegt jetzt bei 36,1 %. Zieht man die Ladendiebstähle und die Schwarzfahrten ab (denn dabei ist jede erkannte Straftat zugleich eine aufgeklärte Straftat), dann liegt sie sogar unter 30 %. Bei vielen Delikten ist die Aufklärungsquote so gering, daß die Täter nicht mehr damit rechnen müssen, erwischt zu werden. Damit liegt Hamburg in der Kriminalität an der Spitze und bei der Aufklärungsquote am Ende aller Bundesländer.

Hartmut Perschau: "Das ist ein Ergebnis der SPD-Politik. Straftaten wurden verharmlost, Straftäter verhätschelt, die Sicherheit der Bürger vernachlässigt. Der Fall Pinzner – drei Morde im Polizeipräsidium – steht nur für viele andere Versäumnisse im Bereich der Sicherheit in Hamburg.

Von dieser SPD ist mehr Sicherheit für die Hamburger, für Frauen, ältere Menschen und für Kinder nicht zu erwarten. Hamburg braucht eine starke Polizei und einen wirksamen Strafvollzug."

KRIMINALITÄTSENTWICKLUNG

(Straftaten insgesamt für Hamburg)



AUFKLÄRUNGSQUOTE DER STRAFTATEN/insgesamt

Hamburg
---- Bundesgebiet

